

# BÜRGERINITIATIVE GEGEN FLUGHAFENERWEITERUNG - für ein Nachtflugverbot von 22 - 06 Uhr Mörfelden-Walldorf

seit 1978 aktiv gegen Umweltzerstörung und Fluglärm und für ein Nachtflugverbot



Sprecherin:

Petra Schmidt, Bäckerweg 25, 64546 Mörfelden - Walldorf, Tel. 06105 / 74256

---

## Gemeinsame Pressemitteilung von BI und IGF zu den Kommunalwahlen am 6. März 2016

Vorweg: auch wenn auf kommunaler Ebene keine offen rechtspopulistische Partei wie die AfD antritt: solche Parteien/Gruppierungen sind für BI und IGF keine Ansprechpartner. Wir wehren uns gegen Rechtspopulismus und rassistische Stimmungsmache, egal ob entsprechende Parteien oder Einzelpersonen (wie z. B. bei in Frankfurt in der AfD) die Auswirkungen des Flughafenausbaus kritisch bewerten.

Wir geben unsere Haltung hier ausschließlich auf Basis der Kommunalpolitischen Wahlprogramme der Parteien in Mörfelden-Walldorf wieder. Kritik, die wir an Parteien auf Landesebene haben, bleibt davon unberührt.

Zentrale Punkte für die BI Mörfelden-Walldorf und IGF sind:

### Die Ablehnung des dritten Terminals.

- Diese Forderung wird von Grünen und DKP unterstützt. Die Grünen lehnen darüber hinaus „eine direkte Verbindungsstraße zum Flughafen ebenso wie eine oberirdisch verlaufende S-Bahn-Anbindung des Terminals 3 ab, weil dadurch der letzte Wald- und Schutzstreifen zerstört und sich die Verkehrsbelastung drastisch erhöhen würde.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.
- Dagegen wirbt die FDP für einen S-Bahn-Anschluß des dritten Terminals, die CDU spricht sich sehr allgemein für die Terminal 3 Anbindung aus, während die Freien Wähler das Terminal 3 generell bewerben und die SPD sich nicht konkret dazu äußert

Für ein **Nachtflugverbot von 22-06 Uhr** treten DKP, Grüne und SPD ein, wobei nur Grüne und DKP von einem absoluten Nachtflugverbot sprechen – die Klarstellung ist bei den aktuell zahlreichen Ausnahmegenehmigungen zwischen 23:00 und 05:00 Uhr notwendig.

### Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr

Grüne und DKP unterstützen diese Forderung der Bürgerinitiativen.

CDU, FDP, FW und SPD setzen bei der Ansiedlung von Gewerbe klar auf den Flughafen, lediglich der Grad der Zuneigung variiert.

CDU, FDP und FW plädieren für Zusammenarbeit mit dem Flughafen in wirtschaftlichen Belangen und behaupten gar, mit Dialogbereitschaft z.B. mehr an Lärmschutz herauszuholen. Ihr Kuschelkurs gegenüber dem Flughafen wird aber zu keiner Minimierung oder gar Reduktion der Belastungen führen, eine wirksame Interessenvertretung ist hier nicht zu erwarten. Wir verweisen an das Nachtflugverbot von 23-05 Uhr – es mußte noch juristisch erstritten werden, obwohl es in der Mediation (Dialog!) festgeschrieben wurde.

Die SPD nennt im Rahmen der Fluglärm-Problematik als erstes die Zusammenarbeit mit den Kommunen und bezieht neben Landesregierung und Flughafen auch Gremien wie die Fluglärmkommission mit ein.

---

Bankverbindung: Frankfurter Volksbank eG, IBAN: DE29 5019 0000 42015146 44

Internet: [www.bi-moerfelden-walldorf.de](http://www.bi-moerfelden-walldorf.de), Email: [mail@bi-moerfelden-walldorf.de](mailto:mail@bi-moerfelden-walldorf.de)

# BÜRGERINITIATIVE GEGEN FLUGHAFENERWEITERUNG - für ein Nachtflugverbot von 22 - 06 Uhr Mörfelden-Walldorf

seit 1978 aktiv gegen Umweltzerstörung und Fluglärm und für ein Nachtflugverbot



Sprecherin:

Petra Schmidt, Bäckerweg 25, 64546 Mörfelden - Walldorf, Tel. 06105 / 74256

---

Der Flughafen setzt auf Ausweitung des Flugbetriebes und damit auch auf Vergrößerung der Belastungen durch Lärm, flughafeninduzierten Kfz-Verkehr, Emission von klimarelevanten Schadstoffen. Dem sollte die Kommune entgegen treten und nicht noch bewußt auf wirtschaftliche Abhängigkeiten vom Flughafen setzen.

Freiwillig machen weder Flughafenbetreiber noch Luftverkehrsunternehmen Zugeständnisse, ohne politischen Druck und Protest sowie Fortführung der juristischen Verfahren (diese werden von FDP, FW und CDU abgelehnt) passiert hier gar nichts.

DKP und Grüne gehen detailliert auf etliche durch den Flughafen induzierte Problemlagen ein,. Beide Parteien weisen darauf hin, dass die Prognosen, auf deren Grundlage der Flughafenausbau durchgesetzt wurde, weit überhöht sind und waren. Auch die Umsetzung von Schlußfolgerungen aus der Norah-Studie, Lärminderung und die Bundesgesetzgebung (z.B. Kerosinsteuer, Fluglärmgesetz) sind hier jeweils ein Thema.

Die DKP behandelt u.a. die Ausgestaltung der Arbeitsplätze am Flughafen. Die Liberalisierungen und damit einher gehende Konkurrenz setzen Flughafenbetreiber wie Airlines (s. Ausgründung von Eurowings aus der Lufthansa heraus) erheblich unter Druck. Ausbaden müssen das die Beschäftigten, die sich zu Recht dagegen wehren, wie die zahlreichen Arbeitskämpfe im Jahr 2015 gezeigt haben.

Der Flughafen verursacht mehr Probleme als nur Fluglärm. Unvergessen ist die immense Bannwaldabholzung für die neue Landebahn und für das Areal nördlich von Walldorf (u.a. für die A-380-Halle). Die Forderung der Grünen nach Wiederaufforstung und Erhalt des Bannwaldes ist richtig und sinnvoll im hoch belasteten Ballungsgebiet Rhein-Main.

BI und IGF erwarten Konzepte zu Stadtentwicklung und Regionalplanung, die ihren zentralen Dreh- und Angelpunkt nicht am Flughafen sehen. Sinnvolle Hinweise sind im Wahlprogramm der Grünen zu finden, die die wirtschaftliche Entwicklung nicht alleine dem Markt überlassen möchten und statt dessen qualitative Kriterien für städtische Gewerbeflächen (Arbeitsplätze, Steuerrelevanz, Ressourcenschonung, Verkehrsbelastung, nachhaltiges Wirtschaften o.ä.) favorisieren und zudem ansatzweise das Konzept „Airport City“ problematisieren. Fraport baut Gewerbe- und Shoppingflächen am Flughafen weiter aus. Gefordert wird eine Regionalplanung, diese Kaufkraft- und Gewerbesteuerabschöpfung zulasten der Kommunen begrenzt.

Den wichtigsten Motor für gesellschaftliche Veränderungen sehen wir in sozialen Bewegungen und nicht darin, die eigenen Angelegenheiten via Kreuzchen komplett an Parteien abzugeben. Unsere (unvollständige) Analyse der einzelnen Wahlprogramme in Bezug auf ihre Haltung zum Flughafen ergibt gleichwohl Hinweise für die Kommunalwahl 2016.

Deshalb: Wählt keine Flughafenparteien!

Petra Schmidt

gez. Dirk Treber

Mörfelden-Walldorf, den 18.02.16

---

Bankverbindung: Frankfurter Volksbank eG, IBAN: DE29 5019 0000 42015146 44

Internet: [www.bi-moerfelden-walldorf.de](http://www.bi-moerfelden-walldorf.de), Email: [mail@bi-moerfelden-walldorf.de](mailto:mail@bi-moerfelden-walldorf.de)